

Adenauer: Dieser kleine Ausschuß soll die ganzen Themata besprechen und den ernsthaften Versuch machen, unter Parteifreunden eine einheitliche Basis zu finden. Ich glaube, damit habe ich den Auftrag des Ausschusses richtig festgelegt. Sie sind damit einverstanden.

Zum Parteitag. Wir leben in einer solch kritischen Situation, daß ich bitten möchte, heute die Themen zum Parteitag noch nicht festzusetzen. Wir wissen nicht, was noch kommen wird. Wir werden den Parteivorstand eventuell noch einmal zusammenrufen müssen. Der Termin für den Parteitag steht fest.

Dann danke ich Ihnen sehr, meine Damen und Herren, und schließe damit die Sitzung.

4

Köln, 28. Mai 1954

Sprecher: Adenauer, [Bach], von Brentano, Fay, Heck, Johnen, Kaiser, [Lensing], Lenz, von Lojewski, Müllenbach, Simpfendörfer, Tillmanns, Frau Weber, Zimmer.

Ablauf des Parteitages.

Beginn: 10.00 Uhr

Ende: 11.30 Uhr

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ein herzliches Willkommen! Wir treten sofort in die Beratungen ein. Ich höre eben von Herrn Heck, daß sich rund 1.700 Personen zum Parteitag¹ angemeldet haben. Im vorigen Jahr in Hamburg waren es 1.000. Ich nehme ohne weiteres an, daß der geistige Inhalt dem ziffermäßigen entspricht und daß wir deshalb im Vertrauen der Abwicklung des Parteitages entgegenzusehen können.

Es haben sich entschuldigt die Herren Dr. Hofmeister, von Hassel, Wirsching², Dr. Gebhard Müller, Dr. Pferdmeiges, Bach, (*Weber:* Herr Bach ist da!) Herr Bundestagspräsident Ehlers hat sich ebenfalls für diese Sitzung entschuldigt.

1 Vom 28. bis 30. Mai 1954.

2 Eugen Wirsching (1891–1983), 1946–1960 MdL. Württemberg-Hohenzollern bzw. Baden-Württemberg, 1947–1952 Arbeitsminister von Württemberg-Hohenzollern.

Meine Damen und Herren! Wir müssen nun vorschlagen, wie nachher die Wahl des Präsidiums im Parteitag sein soll. Es ist herkömmlich, daß der Vorsitzende des Verbandes, wo der Parteitag stattfindet, Vorsitzender des Parteitages wird. Das ist unser Freund Johnen. Als Vertreter würde ich vorschlagen die Herren Albers, Cillien, Professor Erhard, Kiesinger, Lensing, Frau Praetorius. Ich denke, daß Sie damit einverstanden sind.

Für die Mandatsprüfungskommission werden vorgeschlagen: Dennhardt, Landesgeschäftsführer von Schleswig-Holstein, Dr. Gurk, Landesvorsitzender von Nordbaden, Müllenbach³ von der Bundesgeschäftsstelle. Dazu wird nicht das Wort gewünscht.

Für die Redaktionskommission werden vorgeschlagen die Herren Kiesinger, Lemmer, Lojewski, Süsterhenn, Tillmanns und Wuermeling. – Einverstanden!

ABLAUF DES PARTEITAGES

Nun zur Frage des Tagungsortes des nächsten Parteitages! Es finden Wahlen statt im Jahre 1955 in Rheinland-Pfalz in der letzten Aprilwoche⁴, in Niedersachsen wahrscheinlich in der ersten Maiwoche⁵. Ob wir heute schon in der Lage sind, einen Ort für den nächsten Parteitag in Aussicht zu nehmen, weiß ich nicht. Herr Heck, wir sollten uns damit begnügen, Wünsche entgegenzunehmen; wir können dann über den Ort im Laufe der nächsten Zeit Beschluß fassen. Würden Sie damit einverstanden sein?

Tillmanns: Es wäre gut, wenn der Parteitag das wüßte. Die Wünsche müßten dort ausgesprochen werden, und der Parteiausschuß entscheidet dann.

Zimmer: So ist es beim letzten Mal gemacht worden.

Adenauer: Ich nehme an, daß Sie damit einverstanden sind.

Zimmer: Rheinland-Pfalz behält sich vor, Ihnen eine Einladung zukommen zu lassen. (*Adenauer:* Das ist die erste Anmeldung.) Jawohl, die Voranmeldung.

Adenauer: Dann noch einige Kleinigkeiten. Wir haben den Interkonfessionellen Ausschuß gewählt, um Schwierigkeiten, die sich ergeben, zu beseitigen. Kollege Altmeier hat zu dem Vorschlag, der auf der letzten Sitzung des Parteivorstandes am 26. April gemacht worden ist, gebeten, man möge auf ihn verzichten und statt seiner Herrn Dr. Süsterhenn in diesen Ausschuß wählen. Ich nehme an, daß Sie damit einverstanden sind.

Zur Beruhigung der zahlreichen Parteifreunde, die befürchteten, daß die Beauftragung des Herrn Abs mit einer Rede auf diesem Parteitag zu Differenzen zwischen ihm und Herrn Erhard Anlaß geben könnte, kann ich folgendes bemerken: 1. haben die

3 Peter Müllenbach (geb. 1919), 1951–1966 CDU-Bundesgeschäftsstelle, Abt. Organisation.

4 Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz am 15. Mai 1955.

5 Landtagswahlen in Niedersachsen am 24. April 1955.

beiden Herren gestern auf einer Rheinfahrt zusammen mit den beiden argentinischen Ministern⁶ sich ausgesprochen und 2. habe ich heute früh die Rede des Herrn Abs⁷ bekommen. Er hat Erhards Arbeit mit warmen und kräftigen Worten bedacht, so daß die Befürchtungen, die aufgetaucht sind, unbegründet sind.

Ich darf ein allgemeines Wort daran anknüpfen. Als wir uns im geschäftsführenden Vorstand mit der Wahl der Themata und der Wahl der Redner beschäftigten, gingen wir auch davon aus, daß wir nicht immer dieselben Persönlichkeiten in den Vordergrund stellen sollen, sondern daß man doch zeigen soll, daß wir einen größeren Kreis von führenden Persönlichkeiten haben, als man das allgemein annimmt. Daher ist auch die Auswahl der Redner so ausgefallen, wie Sie es aus dem Ihnen vorliegenden Programm ersehen.

Eine zweite Bemerkung zum sachlichen Aufbau. Man kann ja hier relativ offen sprechen. Die ganze Situation der Welt ist so außerordentlich gefährlich. Wir haben in der vergangenen Woche fast – kann man sagen – dicht vor dem Ausbruch des dritten Weltkrieges gestanden.⁸ Wenn es auch noch einmal glücklich vorübergegangen ist, die Situation bleibt außerordentlich gespannt und gefährlich. Auf der anderen Seite hat unsere Partei als die weitaus stärkste Partei eine so große Verantwortung, daß es wohl richtig erscheint – so haben wir wenigstens im geschäftsführenden Vorstand geglaubt –, einmal diesen Parteitag dazu zu benutzen, unseren Delegierten und Parteifreunden die großen Zusammenhänge vorzuführen, damit sie sehen, daß die CDU in einer solchen Zeit und bei der Lage, in der sich die Bundesrepublik befindet, die Verantwortung für ganz Deutschland in hervorragendem Maße trägt. Man muß sich darüber klarwerden, daß man einmal über die augenblicklichen politischen Fragen, die im Parlament sattsam behandelt werden, hinausgehen soll.

Aus diesen Gedanken heraus ist die Auswahl der Themen und der Redner erfolgt. Der geschäftsführende Vorstand würde sich sehr freuen, wenn er die Zustimmung von Ihnen, vom Parteiausschuß und vom Parteitag dazu bekäme.

Ich habe heute morgen den „Rheinischen Merkur“ zur Hand genommen und dort auf der ersten Seite einen Artikel „So geht es nicht vorwärts“ gelesen. Dieser Artikel, ich weiß nicht, wer ihn geschrieben hat – es stehen darunter die Buchstaben A.M. –⁹, zeigt sehr klar, daß man von den Schwierigkeiten des Parlaments und innerhalb einer so großen Fraktion, wie es die CDU-Fraktion des Bundestages ist, offenbar keine Ahnung hat; denn es wird uns vorgeworfen – nicht der Bundesregierung, aber der Partei und der Bundestagsfraktion –:

6 Außenminister Dr. Jeronimo Remorino und Wirtschaftsminister Dr. Alfredo Gomez Morales (AdG 1954 S. 4556).

7 „Die veränderte wirtschaftliche Stellung Deutschlands in der Welt“ (Druck: CDU, 5. Bundesparteitag S. 92–98).

8 Adenauer spielte auf den unbefriedigenden Verlauf der Genfer Ostasienkonferenz an (AdG 1954 S. 4532f., 4534).

9 „Rheinischer Merkur“ vom 28. Mai 1954. Untertitel: Der Begriff „soziale Marktwirtschaft“ muß konkretisiert werden. Autor war der Wirtschaftsredakteur Dr. A. Mende.

„Es sieht so aus, als ob man sich der Lösung der großen Probleme im Bereich der Finanzen und Steuern, im Außenhandel und in der Landwirtschaft, im Verkehr, im Wohnungsbau und im Rentenwesen nur im Schneckentempo oder überhaupt nicht näherte.“

Ich muß schon sagen, in der Redaktionsstube mit einem Bogen Papier und einem Füllhalter und eventuell einer Stenotypistin, der man diktiert, kommt man der Lösung der Probleme mit einer verblüffenden Schnelligkeit näher! Ich erkenne das ohne weiteres an, aber gerade ein solcher Artikel zeigt, daß wir recht daran tun, wenn wir auf unserem Parteitag nicht so sehr die Tagesfragen in den Vordergrund stellen. Herr von Brentano wird auch über die Arbeit der Bundestagsfraktion sprechen. Es werden noch eine Reihe von diesen Fragen berührt werden, aber ich glaube, damit haben wir genug getan.

Der geschäftsführende Vorstand war zunächst der Auffassung, es würde ausreichen, wenn Herr von Brentano im Parteiausschuß referiert. Aber vielleicht ist doch der Wunsch des Herrn von Brentano, der von weitesten Kreisen der Bundestagsfraktion geteilt wird, daß er im Plenum des Parteitages darüber referieren möchte, berechtigt, so daß eine nachträgliche Abänderung des Programms erfolgen soll. (*Zimmer: Wann?*) Nach der Rede von Herrn Ehlers.

Dann habe ich noch einen Wunsch; den werde ich auch dem Parteiausschuß sagen. Es scheint mir klug zu sein, wenn wir auf diesem Parteitag, falls sich nicht etwas Besonderes ereignet, über die EVG und über das Saarproblem nicht sprechen. An sich sind das Themata, namentlich das Saarproblem, die sich zur Erörterung in einem so großen Kreis überhaupt nicht eignen. Es könnten Ansichten laut werden in der Diskussion, die außenpolitisch gesehen außerordentlich gefährlich sind.

Dazu kommt noch folgendes: Sie wissen, daß Gespräche stattgefunden haben zwischen dem stellvertretenden französischen Ministerpräsidenten und Vorsitzenden des MRP Frankreichs, Herrn Teitgen¹⁰, Herrn Spaak¹¹, Herrn van Naters, Herrn von Brentano, Herrn Gerstenmaier und mir über die Saarfrage. Diese Gespräche haben den Zweck zu versuchen, einen Weg zu finden, wie man der Schwierigkeiten Herr werden würde. Man sollte, solange die Sache in diesem Stadium ist, nicht in der großen Öffentlichkeit darüber sprechen; denn alle diejenigen, die an den Besprechungen teilgenommen haben, können doch nicht dazu Stellung nehmen. Und das Thema ist, wie gesagt, so empfindlich, daß man in der Öffentlichkeit wirklich Schaden damit anrichten kann.

Was die EVG angeht, so sind die Aussichten, daß der EVG-Vertrag von der französischen Nationalversammlung im Laufe dieses Sommers ratifiziert werden

10 Pierre-Henri Teitgen (geb. 1908), französischer Politiker. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 518 Anm. 8.

11 Dr. Paul Henri Spaak (1899–1972), belgischer Politiker; 1954–1957 und 1961–1966 Außenminister. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 426 Anm. 13. – Die Verhandlungen fanden am 20. Mai in Straßburg statt. Eine angebliche Einigung wurde von französischer Seite dementiert (AdG 1954 S. 4535, 4546).

wird, gut. Es findet heute, morgen und übermorgen der Parteitag der französischen Sozialisten statt¹², der ausdrücklich einberufen worden ist, um die sozialistische Fraktion der französischen Nationalversammlung zu verpflichten, einen bestimmten Standpunkt bei der Abstimmung einzunehmen. Ich glaube, jeder von uns ist mit mir der Überzeugung, daß es in diesem Augenblick, wo der Parteitag der Sozialisten über diese Frage zu verhandeln beginnt, klug ist, wenn wir dazu schweigen. Wenn wir die Sozialisten aufmuntern, dann können wir das Gegenteil von dem erreichen, was wir wollen. Deswegen bleibt uns nichts anderes übrig als zu schweigen. Wenn bis zur öffentlichen Kundgebung am Sonntag schon das Ergebnis bekannt ist, dann werde ich in der Schlußansprache kurz darauf eingehen. Ich bitte Sie, Verständnis dafür zu haben und meine Meinung zu Ihrer eigenen zu machen. Das scheint der Fall zu sein.

Noch ein Wort zur Presse. Ich glaube, der gestrige Vatertag hat die Presse gründlich in Anspruch genommen. Herr Lojewski, wann erscheinen wieder Zeitungen! (*Von Lojewski: Morgen früh!*) Dann haben sie doch ausgiebig Vatertag gefeiert. Ich habe nichts dagegen. Jeder soll feiern. Aber werden wir mit der Presse zurechtkommen?

Von Lojewski: Es ist so, daß die Rede von Ehlers bereits vorliegt; sie wird den Journalisten ausgegeben. Mein Kummer ist es, das Manuskript der Redner zu bekommen.

Adenauer: Ich werde heute mittag bei der Eröffnung etwas sagen. Ich habe einige Notizen hier. Ich lege Wert darauf, daß es in die Presse kommt. Das kann man schnell notieren. (*Von Lojewski: Können wir vorher etwas bekommen?*) Ich habe das heute morgen zum Teil im Auto geschrieben. Ich weiß nicht, ob Sie es lesen können und ob es dabei bleibt! (*Lebhafte Heiterkeit.*)

Kaiser: Der Herr Bundeskanzler hat gesagt, daß weder die EVG noch die Saar erörtert werden soll. Ich bin der Meinung, daß wir nicht daran vorbeigehen dürfen. Den Vorstand würde es interessieren, was Gerstenmaier dazu sagen wird. Es ist eine Abordnung von der Saar da. Ich bin darüber unterrichtet worden, daß diese Herren von der Saar den Wunsch haben, mit dem Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz, Herrn Zimmer und mir darüber zu sprechen. Ich glaube, daß unsere Freunde einen Ausdruck finden werden, der Ihrem Wunsche Rechnung trägt. Aber die Saarländer werden ein Wort sagen wollen.

Ich würde bitten, daß Dr. Zimmer, Altmeier und ich mit den Saarländern sprechen, um zu versuchen, eine Form zu finden, die nicht stört. Wir können die Saarfrage nicht einfach ganz totsichweigen. Die Saarländer sind von dem Schicksal ihrer Heimat unsagbar bewegt und möchten etwas darüber hören. Es kommt darauf an, wie man es sagt.

Adenauer: Der letzte Satz von Herrn Kaiser „Es kommt darauf an ...“ ist wichtig. Sie waren zum großen Teil in Berlin anwesend, als Dr. Ney¹³ gesprochen hat. Ich

12 Außerordentlicher nationaler Kongreß in Putaux bei Paris (vgl. AdG 1954 S. 4548; Uid vom 4. Juni 1954).

13 Dr. Hubert Ney (1892–1984), 1952–1957 Landesvorsitzender der CDU Saar, 1955–1960 MdL. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 128. – Rede nicht nachweisbar.

kann Ihnen sagen, ich war hart bang, er hätte zum Schluß mit „Die Fahne hoch“ geschlossen. Das war eine absolut nationalsozialistische Rede, die er gehalten hat; eine absolut unmögliche Rede!

Zimmer: Eine Erörterung der Saarfrage kann nicht in einer solchen Form erfolgen, daß laufende Besprechungen nach Ihrer Auffassung gestört werden. (*Adenauer:* Die draußen laufen!) Ja, die dürfen nicht gestört werden, weil man das erhoffte Ergebnis damit kaputt machen kann. Auf der anderen Seite habe ich aber ebenso wie Kollege Kaiser Bedenken, überhaupt diese Frage totzuschweigen oder still zu übergehen, weil das die Öffentlichkeit nicht verstehen oder falsch auslegen würde; wie überhaupt das Fehlen oppositioneller Meinungen auch in anderer Hinsicht vielleicht doch die gegnerische Presse zu falschen Ausdeutungen hinsichtlich der Linie unserer Parteiführung verleiten könnte.

Ich würde sagen, es muß eine Form gefunden werden, die, abseits der jetzt schwebenden Verhandlungen, vom Grundsätzlichen her die Dinge in einer Form umreißt, die Sie ja vorher zur Kenntnis bekommen müssen und die Sie dann billigen. Auf diese Weise enttäuschen wir jedenfalls nicht 1. unsere Freunde von der Saar und 2. die deutsche Öffentlichkeit.

Man muß sich daran erinnern, was „Le Monde“ im Februar gebracht hat¹⁴: Der Bundeskanzler hat eine solche Autorität in Deutschland; dem können wir noch mehr zumuten. Er setzt alles durch. Er findet überhaupt keine abweichende Meinung. Es gibt keine Opposition, und wir haben das Gefühl ... (*Adenauer:* Warum greifen Sie mich schon zu Beginn so persönlich an?) Ich hoffe, daß Sie diesen „Angriff“ genügend verstehen. Ich habe Ihnen wiederholt gesagt, eine zumindest taktische Opposition kann in der Politik weiß Gott oft nicht störend sein, wenn sie klug und vorsichtig formuliert ist. Sie führen die Außenpolitik und müssen hier die letzte Entscheidung haben, aber vom Grundsätzlichen her müßte es so dargestellt werden, daß Ihre Verhandlungen nicht gestört werden. Hier könnte man eine Form finden. Das kann nicht schwierig sein. Es darf nicht so aussehen: In der CDU wird überhaupt nichts dazu gesagt.

Adenauer: Ich darf mitteilen, daß – nach dem, was ich gehört habe – Herr Diel¹⁵, ein bekannter Mann in Rheinland-Pfalz ..., (*Zimmer:* Aber nicht offizieller Vertreter von uns!) ich habe gesagt, ein bekannter Mann in Rheinland-Pfalz, unter allen Umständen in der Diskussion das Wort zur Saar ergreifen will. Und dann versichere ich Ihnen, wird nicht nur Porzellan, dann werden sogar Weinflaschen von ihm kaputtgeschlagen.

¹⁴ In „Le Monde“ vom 28. Februar/1. März 1954 wird verschiedentlich von „la volonté suprême du chancelier“ gesprochen.

¹⁵ Jakob Diel (1886–1969), 1921–1933 MdL Preußen (Zentrum), Mitgründer der CDU Rheinhessen und Rheinland-Pfalz, 1946–1957 Mitglied der Beratenden Landesversammlung und MdL, 1947–1948 Landtagspräsident, 1957–1961 MdB. Diel war Weingutsbesitzer. Er sprach am 29. Mai (Druck: CDU, 5. Bundesparteitag S. 62–64).

Zimmer: Wenn Herr Diel diese Absicht hat, dann hat er sie – das erkläre ich ausdrücklich – ohne jede Fühlungnahme mit uns. (*Adenauer:* Davon bin ich überzeugt!) Herr Diel hat ein ungeheures Temperament. Er geht ran ..., (*Zurufe:* Wie Blücher¹⁶!) ja, wie Blücher! Wir können aber Herrn Diel von seiner Absicht abbringen, wenn wir einen entsprechenden Vorschlag machen. Ich würde es außerordentlich bedauern, das sage ich ganz offen, wenn Herr Diel spräche. Wir werden es ihm aber auch sagen. Es genügt nicht, daß man ein Temperament hat; es genügt nicht, daß man heftig reden kann. Ich glaube, man muß die Dinge etwas kühler betrachten. (*Adenauer:* Glauben Sie, Herr Diel wirklich dazu bringen zu können, in dieser Sache verständig zu sprechen? Aber Hand aufs Herz!) Der Gaul geht leicht mit ihm durch. Es besteht Aussicht, ihn vom Reden abzubringen, wenn vorher vereinbart ist, in welcher Form – nämlich maßvoll – die Saarfrage angesprochen wird. Dann könnte es möglich sein.

Von Brentano: Wir würden damit vielleicht eine Diskussion heraufbeschwören, die ich genauso verurteile wie Sie, Herr Bundeskanzler, gerade in dem Augenblick, wo das französische Kabinett mit dieser Frage beschäftigt ist und der Parteikongreß der Sozialisten stattfindet.

Wir sollten uns auch nicht auf Mitteilungen von „Le Monde“ beziehen. Was „Le Monde“ ist, wissen wir mittlerweile sehr genau. „Le Monde“ treibt antieuropäische und antideutsche Politik. „Le Monde“ genießt aus der Zeit, die längst vorbei ist, den falschen Ruhm, daß es eine offiziöse Zeitung sei.

Ob eine abgestimmte Sache, wie Dr. Zimmer vorschlägt, stattfinden soll, möchte ich dahingestellt sein lassen, um solche Dinge zu vermeiden, die entstehen könnten, wenn Herr Diel spricht.

Adenauer: Soll ich bei der Eröffnung sprechen oder wann? Ich habe noch kein Programm bekommen. Ich spreche in der Schlußsitzung und in der öffentlichen Kundgebung am Sonntag. Soll ich in der Schlußsitzung am Sonntag dazu sprechen?

Von Brentano: Besser wäre es, wenn Sie es heute bei der Eröffnung machten. Sie haben die Erklärung abgegeben vor dem Bundestag und vor der Fraktion, Sie können die Außenpolitik nicht ansprechen, ohne die Saarfrage zu berühren. Sie sollten heute einige Sätze dazu sagen.

Adenauer: Ich wollte heute gar nicht zur Außenpolitik sprechen. Ich wollte das gar nicht! Man kann das nicht in zwei, drei Sätzen tun; dann muß man einem schon mindestens zehn Minuten dazu geben. Ob das zu Beginn des Parteitages, ehe das Präsidium gewählt wird, richtig ist, weiß ich nicht.

Fay: Herr Diel hat mir gesagt, daß er im Parteiausschuß sprechen will, aber nicht im Plenum. Das Problem Diel ist nicht das schwierigste, sondern es wird darauf ankommen, daß wir den Herrn Ney dazu bringen, eine etwas gemäßigte Rede zu halten. Es könnte leicht der Eindruck entstehen, als ob die Saarbevölkerung spräche, die etwas anderer Meinung ist als die nationalistischen Worte von Dr. Ney, die er

16 Gebhard Leberecht Fürst Blücher von Wahlstatt (1742–1819), preußischer Generalfeldmarschall („Marschall Vorwärts“).

in Berlin gesprochen hat.¹⁷ Man soll ihm klarmachen, daß er nicht der Sprecher der Saarbevölkerung ist.

Kaiser: Im Vordergrund steht die Frage der Begrüßungsansprachen. Das Saargebiet gehört nicht zum Ausland, sondern nach dem Rechtsbegriff ist die Saar ein Teil von Deutschland. Wir müssen achtgeben, daß der Redner nicht in die Reihe der Ausländer kommt. Es ist ja überhaupt eine Grotteske, daß der Vertreter von der Saar als nicht zu uns gehörig und als Sondergruppe auftritt. Es ist auch eine Grotteske, daß wir die Berliner besonders begrüßen müssen.

Ich bitte darum, daß wir mit den Saarländern darüber sprechen, wer von ihnen das Wort ergreift. Das braucht nicht unbedingt Dr. Ney zu sein. Vielleicht kann es der Rechtsanwalt Reiners¹⁸ machen. Herr Bundeskanzler, Sie eröffnen den Parteitag und begrüßen die Delegierten.

Adenauer: Der Parteitag hat folgendes Schema: Ich eröffne und sage ein Wort zu den anwesenden Delegierten, ganz kurz nur. Ich wollte dann sagen, welche Leitgedanken uns vorgeschwebt haben bei der Aufstellung des Programms. Ich werde natürlich auch mit einigen Sätzen der Wiedervereinigung, der Vertriebenen und Ausgebombten usw. gedenken. Ich mache weiter auf die große Verantwortung der CDU in deutscher und in europäischer Hinsicht aufmerksam, damit sich die Leute im Lande darüber klarwerden, welche ungeheure Verantwortung wir durch die Wahl am 6. September bekommen haben. Auf die Wahl vom 6. September wollte ich auch mit einigen Sätzen zu sprechen kommen.

Ich möchte an sich nicht zur Außenpolitik sprechen. Dazu bietet sich beim Schluß noch Gelegenheit. Wir müssen sehen, was sich in den nächsten Tagen noch tut. Herr Johnen würde als Vorsitzender die Vertreter begrüßen, wobei nach meiner Meinung die Berliner CDU zu uns gehört. (*Tillmanns:* Herr Bundeskanzler, Sie könnten bei der Diskussion zum Referat von Gerstenmaier das Wort ergreifen. Das wäre der gegebene Zeitpunkt.)

Darf ich ein Wort zu Gerstenmaier sagen. Nach unserer Auffassung – die Auffassung habe ich nach wie vor – sollte Gerstenmaier nicht über die Saarfrage sprechen. Es ist ganz klar, wenn er über die Saarfrage spricht, daß dieses Thema erörtert werden wird.¹⁹

Ich hatte mir die Rede Gerstenmaier – ich habe mit ihm in Straßburg nur wenige Sätze darüber gesprochen, ich weiß noch nicht, wieweit er mit seiner Rede

17 Das gedruckte Protokoll des Berliner Parteitags vom 17. bis 19. Oktober 1952 verzeichnet keine Wortmeldung Neys.

18 Dr. Hermann Reiners, Richter am Oberlandesgericht Saarbrücken, war vermutlich in Köln anwesend; möglicherweise ist aber hier Rechtsanwalt Egon Reinert, Mitglied des Gründungsvorstands der CDU Saar 1952, gemeint (vgl. Nr. 20 Anm. 75). Keiner von beiden kam (lt. Protokoll) zu Wort.

19 Gerstenmaier sprach über „Die politische Weltlage und Deutschland“ (Druck: CDU, 5. Bundesparteitag S. 48–56). Die Saarfrage streifte er kurz unter dem Gesichtspunkt einer „europäischen Lösung“ – bei einem Zwischenruf von Jakob Diel (S. 55; vgl. Anm. 15).

gekommen ist – nicht so gedacht, daß er über EVG und über die Saarfrage, sondern über die großen politischen Verschiebungen, die auf der ganzen Erde in den letzten Jahren eingetreten sind, sprechen soll, und zwar kurz gekennzeichnet: Vereinigte Staaten–Sowjetrußland, das ist nichts Neues, aber das Neue ist das erwachende Asien. Das sollte einmal zur Sprache kommen.

Simpfendorfer: Wir sind uns darüber einig, daß man über die Saarfrage nicht hinweggehen kann. Ich bin der Auffassung, daß das nur der Bundeskanzler tun kann. Ich glaube nicht, daß es richtig ist, wenn der Bundeskanzler in der Diskussion darüber spricht. Ich denke, daß der Bundeskanzler das am Abschluß des Parteitages tun soll.

Tillmanns: Man muß damit rechnen, daß in der Aussprache zur Rede Gerstenmaier aktuelle Fragen angesprochen werden. Wenn das geschieht, dann wäre es richtig, daß Sie, Herr Bundeskanzler, in zwangloser Form etwas dazu sagen.

Zimmer: Ich bin der Meinung, daß die Aussprache dazu benutzt werden wird, um das Thema zu diskutieren. Da liegt der Gefahrenpunkt. Ich möchte, daß für diese Aussprache in jedem Falle mit den betreffenden Herren eine Formulierung vereinbart wird, die einerseits nichts zerstört, auf der anderen Seite aber unserer grundsätzlichen Auffassung Ausdruck gibt und schließlich Ihnen nachher die Möglichkeit bietet, in einer Ihnen genehm erscheinenden Form darauf zurückzukommen.

Die Aussprache sollte mit den in Frage kommenden Herren festgelegt werden. Dr. Ney muß dabeisein, damit er nicht von sich aus etwas macht. Ich würde die Herren Altmeier, Gerstenmaier und Brentano vorschlagen. Das Ergebnis soll Ihnen vorgelegt werden. Sie können dann sagen, ob Sie es für störend halten oder nicht. (*Adenauer:* Glauben Sie wirklich, daß Dr. Ney im Sinne eines großen Teiles der Saarländer spricht? Ich glaube es nicht!) Es ist m.E. nicht richtig, wenn man in dieser Form die Saarländer anspricht. Die Saarländer sind zum großen Teil ein geplagtes Volk. Sie sind seit 1919 keine selbständig denkenden und handelnden Menschen mehr, noch viel weniger als wir. Es ist aber doch als CDU-Partei unsere Aufgabe, den Teil der Bevölkerung anzusprechen, die trotz aller Entbehrungen und Enttäuschungen ... (*Adenauer:* Sie haben mich falsch verstanden. Ich bestreite, daß Dr. Ney der von diesem Volksteil der Saar gewünschte Vertreter ist. Das bestreite ich.) Er ist zufällig noch in dieser Stadt. Er ist z.Z. der äußere Repräsentant. Ich weiß, daß es starke oppositionelle Strömungen gibt. Aber z.Z. ist er noch der Repräsentant. Ich weiß, daß er Tendenzen vertritt, die von den besten Saarländern vertreten werden, von Menschen, die ihre Zugehörigkeit zum deutschen Vaterland nicht verleugnen. Daran kann kein Zweifel sein. Das mag z.Z. nicht die Mehrheit sein, aber es sind nach meinem Gefühl die besten. Wir können diese Strömungen nicht übergehen, weil sie z.Z. nicht zum Zuge gekommen sind.

Daß Dr. Ney nicht der geeignete Repräsentant ist, das wissen wir. Es muß nicht der Ney sein. (*Adenauer:* Das ist etwas anderes. Sie haben eben gesagt, es müsse Herr Ney dabeisein!) Dann bin ich mißverstanden worden. Ich würde empfehlen, daß wir einen anderen nehmen. Es braucht nicht Ney zu sein.

Weber: Man sollte sich über einen gewissen Wortlaut einigen, wenn er spricht.

Tillmanns: Soviel ich weiß, ist Herr Ney der Vorsitzende. Wenn wir sagen, das geht nicht, dann kann es passieren, daß Dr. Ney aus einer gewissen Verärgerung heraus abreist. Dann ist die Sache viel schlimmer.

Adenauer: Die Abreise des Herrn Ney würde ich ertragen. Es handelt sich um wichtigere Fragen, als daß Dr. Ney in den Vordergrund tritt. Sehen wir die Sache, wie sie ist. Herr Ney, dem ich alles Gute gönne, hat das Bestreben, seine Person möglichst nach vorn in Erscheinung treten zu lassen. Aber das ist doch für uns nicht maßgebend.

Muß überhaupt einer von der Saar zur Begrüßung sprechen? Die Saar gehört zu uns. Ich bin der Meinung, der Präsident des Parteitages²⁰ könnte mit ein paar klugen Worten auch die Freunde von der Saar ansprechen und zum Ausdruck bringen, daß sie im Grunde zu uns, zur Union gehören. Dafür kann man eine Form finden. Dann erübrigt sich ein Sprechen der Saarvertreter. Das andere wird sich geben, wenn Herr Gerstenmaier spricht. Es müßte ein Wunder geschehen, wenn er nicht darauf zu sprechen käme.

Zimmer: Man muß mit den Saardeutschen sprechen. Z.B. könnte Kemper²¹ von Trier in die Diskussion eingreifen, vielleicht auch Herr Dr. Lenz. Man muß das mit den Saardeutschen vereinbaren.

Adenauer: Weiß jemand von Ihnen, wann Herr Gerstenmaier eintrifft? (*Heck:* Nicht bekannt!) Das wissen Sie nicht! Der Geist weht eben, wie er will. Ich würde es begrüßen, wenn er heute abend zum Empfang durch die Stadt Köln käme. Dann könnten sich die Herren Zimmer und Kaiser mit Gerstenmaier in eine Ecke setzen und mit ihm über diese Dinge sprechen.

Ich würde folgendes vorschlagen: Ich werde in meiner Eröffnungsansprache nichts darüber sagen, weil ich überhaupt nichts zur Außenpolitik sagen werde. Herr Präsident Johnen hat sich anscheinend damit abgefunden, mit einigen klugen Worten die Herren von der Saar willkommen zu heißen. Dann wollen wir also versuchen, irgendwann und irgendwo des Herrn Gerstenmaier habhaft zu werden, um mit ihm unter Hinzuziehung der Herren, die ich eben genannt habe, zu sprechen. Ich würde darum bitten, daß dann auf Herrn Diel eingeredet wird und eine Regelung für die Diskussion erfolgt nach der Rede Gerstenmaier. Zum Schluß der Diskussion würde ich dann einige Worte sagen.

Johnen: Das würde praktisch bedeuten, daß die Begrüßungsansprache der Gäste auf morgen verschoben wird.

Heck: Die Begrüßungsansprachen sind verteilt, weil heute nur ein kleiner Teil der ausländischen Gäste dasein wird.

Adenauer: Wir müssen uns vorbehalten, während des Parteitages in diesem Kreis jederzeit zusammentreten zu können. Deswegen werden wir alle das Messengelände

20 Wilhelm Johnen.

21 Heinrich Kemper (1888–1962), 1949–1957 MdB (Vorsitzender des Ausschusses für Grenzlandfragen). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 128 Anm. 53.

tunlichst nicht verlassen dürfen. Mir läge sehr viel daran, wenn wir im Parteausschuß ein Wort über die bevorstehenden Landtagswahlen sprechen könnten, von Nordrhein-Westfalen und auch von den anderen Ländern.

Ich hatte Herrn Lenz gebeten, im Parteausschuß einige Ausführungen über die Propaganda zu machen; denn gerade er hat bei den Bundestagswahlen auf diesem Gebiet sehr große Erfahrungen gesammelt und sehr gut gewirkt.

Würden Sie damit einverstanden sein, daß wir die Parteausschußsitzung möglichst von Parteitagsangelegenheiten befreien und etwas über die Landtagswahlen sagen? Sie sitzen so einträchtig da, Herr Johnen und Herr Lensing! (*Johnen*: Sind wir immer!) Sind Sie damit einverstanden, daß wir gerade über Ihre Landtagswahlen etwas sagen? (*Johnen*: Wenn Sie etwas Gutes sagen, ja!) Darüber sind die Urteile verschieden, was gut und was weniger gut ist. (*Johnen*: Wir haben nichts zu verheimlichen!) Das ist ein Ton, den ich nicht gerne mag. Wenn der Landesvorsitzende einer der beiden Parteien, die nun für die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen in erster Linie verantwortlich sind, in einer solchen Zurückhaltung spricht, dann wird – nehmen Sie es mir nicht übel – völlig verkannt, daß die Landespartei nichts anderes ist wie ein Glied der Gesamtpartei und daß auch die ganzen Landtagswahlen sich in der Hauptsache abspielen auf dem Boden der Bundespolitik. Deswegen muß auch der Gesamtvorstand der Partei irgendwie mit diesen Landtagswahlen befaßt werden. Sind Sie damit einverstanden? (*Johnen*: Ja!) Dann sind wir wieder einig.

Nun noch ein Wort zum Parteitag! Ich bin einmal der Auffassung gewesen, daß ein Parteitag sehr lebhaft und bewegt sein soll. Durch die Zeitumstände bin ich von dieser Ansicht abgekommen; einmal ist es das warnende Beispiel der FDP, die sich durch ihre Parteitagsdebatten wirklich zu einem großen Teil zerredet hat. Der zweite Grund liegt darin, daß wir 1.700 Teilnehmer haben. (*Heck*: 550 Delegierte!) Wollen Sie die anderen nicht sprechen lassen? (*Zimmer*: Nein, die anderen sind Gäste!) Wie wollen Sie die setzen? (*Heck*: Die stimmberechtigten Delegierten sitzen vorn in der ersten Hälfte an Tischen, die nicht stimmberechtigten im Hintergrund des Saales auf Stühlen! – *Müllenbach*: Das entspricht der Gepflogenheit sämtlicher Parteitage. Unter den nicht stimmberechtigten Delegierten sind eine große Anzahl Bundestagsabgeordnete, z.B. Dr. Müller²², der zur Landwirtschaft sprechen wird.) Herr von Brentano ist auch nicht stimmberechtigt. Dann kann er nicht sprechen. Sie sehen daraus – da wende ich mich an Herrn Johnen –, daß mit einem gewissen Taktgefühl vorgegangen werden muß. Er kann sehr gut Wortmeldungen übersehen; er neigt sogar dazu – soweit ich ihn kenne –, sie eher zu übersehen als zu sehen.

Ich meine, die schroffe Unterscheidung, daß die einen erster Klasse und die anderen zweiter Klasse sitzen, können wir nicht durchführen. Infolgedessen ist doch

22 Dr. Karl Müller (1884–1964), vor 1933 Zentrum, 1921–1933 Direktor der Landwirtschaftskammer Rheinland, 1947–1950 MdL Nordrhein-Westfalen (CDU), 1949–1957 MdB (1950–1953 Vorsitzender des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten).

mein Argument richtig, daß man in einer solch großen Versammlung von 1.700 Leuten unmöglich eine ungelenkte Diskussion ertragen kann.

Lenz: Sie haben mir liebenswürdigerweise die Aufgabe zgedacht, vor dem Parteiausschuß zu sprechen. Ich könnte nur zur allgemeinen politischen Situation etwas sagen. Über die Propagandafrage bin ich nicht orientiert. (*Adenauer:* Nein, über die Frage, die Sie vorgetragen haben!) Darüber kann Herr Heck etwas sagen. Ich wollte nur allgemein etwas sagen.

Adenauer: Sie haben mir doch geklagt, daß Sie mit Ihrem Vortrag stillägen und daß nicht genügend Propaganda gemacht würde. (*Lenz:* Beim Bundesparteiausschuß kann ich es nicht tun!) Warum denn nicht? Darf ich Sie daran erinnern, daß Sie mir vor einigen Tagen gesagt haben, es sei Ihre Auffassung, die Propagandawelle, die Agitationswelle in Nordrhein-Westfalen sei nicht richtig angelaufen. Daraufhin habe ich Sie gebeten, darüber zu sprechen. Also, das können Sie doch machen im Parteiausschuß! (*Lenz:* Da ist die Presse dabei!) Wie ist das mit der Presse, Herr Lojewski? (*Von Lojewski:* Wir können dafür sorgen, daß sie nichts sagt; es sind nur CDU-Journalisten.) Herr Lenz, Sie dürfen sich nicht sperren. Diese Frage der Wahl in Nordrhein-Westfalen ist von entscheidender Bedeutung und in starkem Maße ausschlaggebend für den Ausfall der weiteren Landtagswahlen in diesem Jahr. Deswegen haben wir ein so großes Interesse daran. (*Lenz:* Es ist zu spät dazu. Das hätte man vor drei Monaten machen müssen. Das kann man jetzt nicht mehr nachholen!) Warum haben Sie es mir am Montag oder Dienstag gesagt? (*Lenz:* Ich habe über etwas anderes sprechen wollen, über die allgemeine Situation zur Wahl, nicht über die Propaganda als solche.) Dann schließen Sie die Brust und sprechen über das, was nach Ihrer Meinung not tut.²³ Es nimmt ja keiner übel. Wenn einer Prophet werden will, muß er auch prophezeien. Da hilft nun einmal nichts.

Tillmanns: Eine mehr formale Frage! Nach der Satzung der CDU wird der Vorstand jeweils auf zwei Jahre gewählt. Die Vorsitzenden, die vom Parteitag direkt gewählt werden, sind auf dem Berliner Parteitag im Jahre 1952 gewählt worden, während die übrigen Vorstandsmitglieder, die vom Parteiausschuß gewählt werden, im vorigen Jahr in Hamburg gewählt worden sind. Nun ist zumindest für die Vorstandsmitglieder, die vom Parteitag gewählt werden, die Wahlperiode noch nicht zu Ende.

Meine Frage lautet, ob man mit der Wahl der drei Vorsitzenden, die im Oktober 1952 in Berlin gewählt worden sind, bis zum nächsten Jahr warten kann? Wenn man sie jetzt neu wählen würde, dann wären erst eineinhalb Jahre herum.

Heck: Die Frage ist im geschäftsführenden Vorstand besprochen worden. Man war der Auffassung, weil die Vorsitzenden für zwei Jahre gewählt sind, die aber noch

²³ Lenz sprach über demoskopische Umfragen, die eine Stagnation der CDU in Nordrhein-Westfalen in Aussicht stellten, und forderte, den Wahlkampf nicht gegen die FDP, sondern die SPD und den BHE zu führen (Bundesparteiausschuß vom 28. Mai 1954 – Protokoll ACDP VII-001-020/1 S. 21–26).

nicht abgelaufen sind, daß wir auf diesem Parteitag keine Wahl vornehmen sollten, damit die Vorsitzenden und der Vorstand für die gleiche Zeit bleiben.

Adenauer: Dann müßte der Parteiausschuß wenigstens dazu Stellung nehmen.

Zimmer: Wir haben niemals diese zwei Jahre kalendermäßig gerechnet, sondern stets als Parteitagjahr. Ich würde vorschlagen, daß einer der Herren des geschäftsführenden Vorstandes an einer passenden Stelle der Meinung Ausdruck gibt, daß wir der Auffassung sind, daß die Wahl programmgemäß im nächsten Frühjahr stattfinden soll. Der Parteitag wird das zur Kenntnis nehmen, und damit ist der Fall erledigt.

Simpfendorfer: Ich bin der Meinung, daß man auf diesem Parteitag nicht wählen sollte.

Adenauer: Sollen wir nicht Herrn Johnen bitten, dazu etwas zu sagen?

Kaiser: Es wird eine schwere Aufgabe sein, 1.700 Leute in Zucht und Ordnung zu halten. Es war im vorigen Jahr in Hamburg verschiedentlich nicht gut. Bei der Verantwortung, die wir haben, muß darauf geachtet werden, daß der Parteitag im äußeren Bild in einer Ordnung verläuft. Ich möchte bitten, daß die Gesamtheit der Partei eine solche Disziplin zeigt, wie das gestern bei den Sozialausschüssen war.²⁴ Wenn Auflösungserscheinungen auftreten, sollte sofort eingegriffen werden.

Zimmer: Jeder Landesverband sollte seine Leute mit dem Landesvorstand abstimmen. Das könnte man gleich im Parteiausschuß sagen.

Adenauer: Der Gedanke ist richtig. Wir müssen eine gewisse landsmannschaftliche Verantwortung hier verlangen von den Vorsitzenden der Landesparteien.

Sind die Herren vom Parteiausschuß draußen? (*Zurufe:* Ja!) Dann wollen wir die Vorstandssitzung schließen und mit der Sitzung des Parteiausschusses beginnen.

24 Bundesdelegiertentagung der CDU-Sozialausschüsse am 27. Mai (UiD vom 11. Juni 1954).